

Olivia Kummel

# DER KLEINPROJEKTEFONDS

Ein Werkzeug zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements

## Kurzfassung

Ehrenamtliche Projekte – selbst kleine – können wichtige Beiträge zur Umsetzung freiwilliger Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge leisten. Dennoch können Gemeinden, die vom demografischen Wandel betroffen sind, aufgrund der knappen kommunalen Haushaltsmittel oft solche Projekte nicht finanziell unterstützen.

Um zivilgesellschaftliches Engagement auch in einer solchen Kleinstadt zu ermöglichen, wurde in der Modellstadt Weißwasser im Projekt Kleinstadt\_gestalten mit Hilfe einer BMBF-Förderung ein Kleinprojektefonds eingerichtet, der in der Verantwortung der Stadtverwaltung lag. Dieser Kleinprojektefonds wurde als Anschubfinanzierung für ausgewählte Bürgerprojekte angelegt, die im Laufe des Projekts unterstützt wurden. Damit sollte getestet werden, ob ein solcher Fonds die Möglichkeit bietet, Handlungsspielräume für Engagierte zu eröffnen und ihre Ideen in die Tat umzusetzen. Gleichzeitig war der

Fonds auch als Vehikel gedacht, Engagierte und Stadtverwaltung zum gemeinsamen Handeln für eine ko-kreative Stadt zu aktivieren. Wie der Kleinprojektefonds aufgebaut ist und von den Engagierten angenommen wurde, welche Stellschrauben angesetzt werden müssen, damit er unterstützend wirkt, und welche Begünstigungen er brachte, wird in diesem Beitrag erläutert.

*aus: Abt, Jan / Blecken, Lutke / Bock, Stephanie / Diringer, Julia / Fahrenkrug, Katrin (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin 2020.*

### Der Hintergrund zur Einrichtung eines Kleinprojektfonds im Projekt Kleinstadt\_gestalten

Das Projekt Kleinstadt\_gestalten wurde in Weißwasser in der Oberlausitz umgesetzt, einer Kleinstadt, die nach der Wiedervereinigung massive Schrumpfungprozesse erfuhr. Vor allem jüngere Bevölkerungsschichten verließen die Stadt. Gleichzeitig stellten die rasanten demografischen Veränderungen die Stadtverwaltung vor enorme Herausforderungen im Bereich der Daseinsvorsorge, zumal auch die kommunalen Finanzspielräume schwanden. Vor allem konnten in dieser schwierigen Lage freiwillige Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr im bisherigen Umfang von der Kommune getragen werden. Die Stadt war daher zunehmend darauf angewiesen, dass die Bürger\*innen das Zusammenleben aktiv mitgestalten. Weißwasser steht somit beispielhaft für eine Kommune, die dringend das Potenzial für zivilgesellschaftliches Engagement gerade bei den Gruppen erschließen muss, die bisher zu wenig einbezogen waren: Zuziehende, die ihre neuen Perspektiven bislang kaum einbrachten; Jugendliche, die sich auf die Abwanderung vorbereiten, statt sich „ihre“ Stadt zu schaffen; junge Frauen, die sich in zivilgesellschaftlichen Gruppen, die die Stadt steuern, selten wiederfanden.

Da zivilgesellschaftliches Engagement den Charakter einer freiwilligen Zeitspende hat, die Engagierte in ihre Freiwilligenarbeit einbringen, sollten zumindest die für sie aus dem Engagement entstehenden Auslagen, wie Fahrtkosten, erstattet werden. Darüber hinaus sollten „Anerkennungsformen nur in begrenztem Umfang als geldwerte Leistungen“ erfolgen (BAG-FA 2014, 5). Eher sollten ermöglichende Rahmenbedingungen und die Beratung und Begleitung von Engagierten gefördert werden. Dies entspricht auch einem Ergebnis des bundesweiten Freiwilligensurveys 2014, bei dem die Engagierten selbst mehr Information und Beratung zum Engagement wie auch eine Unterstützung bei der Ausstattung mit einfachen Ressourcen wie Räumlichkeiten und Ausstattungsmitteln forderten (vgl. Simonson u.a. 2016, 21). Folglich sollten im Laufe des Projekts

solche Unterstützungs- und Anreizsysteme für die oben beschriebenen drei Bevölkerungsgruppen geschaffen werden, sich aktiv durch Projektideen am Mitgestalten ihrer Stadt zu beteiligen und diese Ideen in Bürgerprojekten umzusetzen. Dabei sollten verschiedene Werkzeuge, darunter das Instrument des „Kleinprojektfonds“, getestet werden, die auch in anderen Kommunen mit ähnlichen Rahmenbedingungen angewandt werden können.

Das Projekt teilte sich in vier verschiedene Phasen auf: der Vorbereitungsphase, in der die Bedürfnisse der drei Bevölkerungsgruppen ermittelt wurden; der Filterphase, in der interessierte Bürger\*innen in einem moderierten Prozess durch eigene Ideenfindung für die ehrenamtliche Mitarbeit motiviert wurden; der Testphase, in der sie ihre eigenen „Bürgerprojekte“ umsetzen und der Evaluationsphase, in der die Engagierten zur Verstetigung ihrer Projekte angehalten wurden. Unterstützung fanden die Engagierten im Vor-Ort-Büro, welches vom Stadtverein Weißwasser e.V. eingerichtet wurde. Kleinstadt\_gestalten wurde wissenschaftlich begleitet vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS). Der Stadtverwaltung Weißwasser kam unter anderem die Aufgabe zu, den Kleinprojektfonds zu verwalten, die finanziellen Mittel für die Engagierten bereit zu halten und anschließend abzurechnen.

#### Das Projekt

„Kleinstadt\_gestalten – Ermöglichungsräume für die Bevölkerung“ ist ein Vorhaben der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“.

„Kleinstadt\_gestalten“ stärkte zivilgesellschaftliches Engagement und schuf eine Kultur der Anerkennung für eine Kommune im demografischen Wandel. In Weißwasser in der Oberlausitz wirken auch nach Forschungsende Bürgerprojekte als Impulsgeber für eine ermöglichende, co-kreative Kleinstadt.

weitere Informationen zum Projekt:

» [www.kommunen-innovativ.de/kleinstadtgestalten](http://www.kommunen-innovativ.de/kleinstadtgestalten)

### Aufbau und Einsatz des Kleinprojektfonds

Der Kleinprojektfonds kam vor allem in der Test- und Evaluierungsphase zum Tragen. Vorrangiges Ziel des Kleinprojektfonds war es, unbürokratisch finanzielle Mittel bereit zu stellen – so lautete zumindest der Grundgedanke. Im Rahmen der Bürgerprojekte sollten über ihn im Wesentlichen Sachkosten, aber auch Verbrauchsmaterial und andere Aufwendungen erstattet werden, die die Engagierten benötigten, um ihre Projektideen umzusetzen. Außerdem sollte der Fonds ein Bindeglied zwischen zivilgesellschaftlich Engagierten und Stadtverwaltung bilden, um so das zivilgesellschaftliche Engagement stärker mit der Politik und der Administration zu verknüpfen. Demnach sollte der Kleinprojektfonds dazu dienen, Engagierte und Stadtverwaltung zum gemeinsamen Handeln für eine ko-kreative Stadt zu aktivieren. Die finanziellen Mittel dafür wurden im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ vom BMBF bereitgestellt und vom Projektträger Jülich (PtJ) an die Stadtverwaltung ausgezahlt, die wiederum die ordnungsgemäße Verwendung koordinierte.

Um Mittel aus diesem Fonds zu erhalten, waren die Bürgerprojekte angehalten, bereits in der Filterphase, also vor der Umsetzung, eine Projektkalkulation vorzunehmen, auf Grundlage derer die Gesamtsumme für ihr Projekt eingestellt wurde. Diese Projektkalkulation beinhaltete eine Finanzplanung mit den Budgetkategorien (1) Nebenkosten, (2) Material- und Werbungskosten sowie Kosten für Internetauftritte und (3) Kosten für Beratung, Wissenstransfer und Honorare dafür. Auch der aus dem Projekt entstehende Erkenntnisgewinn und Mehrwert für weiteres Engagement wurde beschrieben. Die ergänzende Projektbeschreibung beinhaltete neben den Zielen des Bürgerprojektes auch die Aktionen und Meilensteine und damit den Zweck der finanziellen Unterstützung und glich daher eher einem kleinen Businessplan. Während der Implementierung war vorgesehen, dass die Engagierten sechs Wochen vor Mittelentnahme für eine Aktion oder Maßnahme eine Vorschau über die Mittel erstellten, die Grund und Zweck

ihrer Verwendung enthielten. Es war aber auch möglich, dass die Engagierten selbst ohne diese Finanzvorschau in Vorkasse gingen. Nach Abschluss der Aktionen wurden die Rechnungen zusammen mit einer Begründung, zu welchem Zweck die Mittel ausgegeben wurden, in der Stadtverwaltung eingereicht. Sobald der Nettoauftragswert 1.000 Euro überschritt, sollten schriftlich drei Angebote angefordert werden. Lagen die Leistungen und Lieferungen jedoch unter einem Wert von 1.000 Euro, sollte zumindest eine mündliche Preisermittlung bei drei Anbietern erfolgen. Zusätzlich sollte noch die Gemeindegeldkassenordnung der Stadt Weißwasser eingehalten werden. Dieses Verfahren zum Mittelabruf ist üblich bei staatlich bezuschussten Projekten, um einem eventuellen Missbrauch der Mittel entgegen zu wirken. Allerdings verursacht dieses Verfahren einen hohen bürokratischen Aufwand, der es für viele Engagierte erschwerte, die Mittel abzurufen. Über den Kleinprojektfonds wurden acht Bürgerprojekte mit insgesamt 60.000 Euro gefördert.

### Herausforderungen beim Mittelabruf

Diese 60.000 Euro standen für die Bürgerprojekte bereit, wurden aber nie ausgeschöpft, da sich die Hürden, die Projektmittel abzurufen, vielschichtig gestalteten. Dies lag zum einen daran, dass die Bürgerprojekte zumeist von Einzelkämpfern und nicht von Vereinen, Initiativen oder Gruppen umgesetzt wurden, zum anderen an bürokratischen Vorgaben und an der unklaren Kommunikation und Information im Projekt, wie die Mittel konkret abgerufen und abgerechnet werden konnten. Außerdem zeigte sich deutlich, dass die Engagierten, die eine gewisse Grunderfahrung im Projektmanagement oder in der Projektkoordination mitbrachten, eindeutig im Vorteil waren, da sie die komplexe Lage der Organisation ihres Projektes überschauen konnten.

Dadurch, dass im Projekt Kleinstadt gestalten vornehmlich Einzelkämpfer staatliche Projektmittel für ihre Bürgerprojekte abriefen, musste die Transparenz der Mittelverwendung gewahrt bleiben, was durch aufwendige Begründung der Mittel-

ausgabe die Freiwilligenarbeit zusätzlich erschwerte. Diese bürokratischen Hürden sorgten bei den Engagierten für zusätzliche Hemmnisse, die ihnen zustehenden Mittel abzurufen. Gerade die Engagierten, die Vorerfahrungen im Projektmanagement mitbrachten, fanden andere Wege, wie das Aufstellen von Spendendosen, Verteilung der Kosten auf mehrere Engagierten-Schultern oder die Nutzung von sachlichen Ressourcen anderer Einrichtungen, um ihre Kosten zu decken. Andere Engagierte, die diese Möglichkeiten nicht hatten, verbrachten kostbare Zeit damit, sich durch unklare Abrechnungsvorgänge zu manövrieren. Viele Engagierte beklagten zur Halbzeit des Projektes Kleinstadt\_gestalten, dass sie einen großen Teil ihrer Freiwilligenarbeit in die Zufriedenstellung der Abrechnungsformalitäten der Mittelgeber investierten, statt in Aktionen für ihre Bürgerprojekte. Die Hoffnung der Projektideengeber, unbürokratisch finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, wurde damit konterkariert.

Ähnliche Erfahrungen werden auch über den Verfügungsfonds in der Städtebauförderung berichtet, der ebenfalls als flexibles Instrument mit nur wenigen Vorgaben eingerichtet wurde und somit eine ideale Möglichkeit für die Engagementförderung im Stadtteil darstellt. In der Praxis wird jedoch auch hier beklagt, dass ein hoher administrativer Aufwand zur Abwicklung der bereitgestellten Mittel vonnöten ist (vgl. StGB NRW 2013).

Die größte Hürde stellte jedoch die mangelnde Kommunikation im Projekt dar, die für eben diese Intransparenz und zu Verwirrung unter den Engagierten sorgte. Diese forderten ein Merkblatt, welches Licht ins Dunkel der Mittelanforderung und -abrechnung gebracht hätte. Dieses Merkblatt wurde den Engagierten nicht zur Verfügung gestellt, stattdessen ein Abrechnungsfeld, welches den Mittelabruf jedoch kaum transparenter gestaltete. Auch über die Höhe der Summe, ab der Angebote eingereicht werden mussten, herrschte große Unklarheit. Größere Anschaffungen, die zu Anfang eines Projektes standen, konnten nicht oder nur in sehr verzögertem Umfang getätigt werden.

### Kleinprojektfonds zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements – „Lessons learnt ...!“

Für den Erfolg eines Kleinprojektfonds, mit dem zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt wird, braucht es klare Regeln, die transparent und nachvollziehbar kommuniziert werden müssen: „Hier gilt es für die Zukunft, die Finanzquellen, das Gremium der Verwalter\*innen sowie die Vergabe-Kriterien und Spielregeln zu bestimmen. Diese müssen transparent sein, um allgemeine Akzeptanz zu erlangen“ (Schneider u.a. 2019, 39). Zudem sollte Einzelkämpfern eine Unterstützung in der Mittelanforderung und -abrechnung zugesichert werden. Generell sollten Kleinprojektfonds wie auch Verfügungsfonds niedrigschwellig angelegt werden, um den bürokratischen Aufwand gering zu halten. Das kann zum Beispiel in Form kleinerer Beträge geschehen, die den Engagierten sofort zur Verfügung stehen, ohne unverhältnismäßig großen Abrechnungsaufwand zu betreiben. Dabei sollte ein Mindestmaß an Transparenz gewährleistet sein, um Missbrauch einzugrenzen, zum Beispiel durch das Zirkulieren eines (Halb-) Jahresberichtes, zumindest unter den Projektbeteiligten, wie die Mittel des Kleinprojektfonds eingesetzt wurden und mit welchen Mitteln noch kalkuliert werden kann. Im Rahmen einer Kleinprojektförderung sollten im Projektmanagement unerfahrene Engagierte einen „Crash-Kurs“ erhalten, um ein Grundverständnis von Finanzierungsplanung aufzubauen.

Aus der Erfahrung des Projektes „Kleinstadt\_gestalten“ ist festzuhalten, dass der Kleinprojektfonds ein effektives Werkzeug darstellt, um als Anschubfinanzierungen die notwendigen Ressourcen im Engagement sicherzustellen – denn gerade mangelnde Finanzierung zu Beginn ehrenamtlicher Projekte gefährdet deren Start und Realisierung. Meist ist nur eine geringe finanzielle Unterstützung erforderlich, die dazu genutzt wird, benötigtes Equipment zu beschaffen, Maßnahmen umzusetzen oder Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, mit der das Projekt publik gemacht und die Bevölkerung mobilisiert werden kann. Mit einer offenen Kommu-

nikation und Transparenz gegenüber den Engagierten, mit Unterstützung und gutem Willen ist der Kleinprojektfonds gerade in schrumpfenden Kommunen geeignet, eine Starter-Finanzierung für zivilgesellschaftliches Engagement zu ermöglichen. So können auch in solchen Kommunen, die aufgrund ihrer prekären Haushalts-situation nicht in der Lage wären, ehrenamtliche Projekte langfristig zu unterstützen, erste Aktivitäten der ehrenamtlichen Projekte umgesetzt und im weiteren Verlauf Partner und Sponsoren gefunden werden, um eine Verstärkung zu erreichen.

### Zum Weiterlesen

- » Schneider, Gregor / Kummel, Olivia / Pöttsch, Torsten / Schwarzkopf, Frank (2019): Logbuch: Kleinstadt gestalten. Weißwasser. Online verfügbar unter: <http://ort-schafft.eu/presse/web%20Logbuch%20Kleinstadt%20gestalten.pdf> (zuletzt geprüft: 20.05.2020).
- » Kummel, Olivia / Nadler, Robert (2018): Die Grenzen des Ehrenamts, in: Informationen zur Raumentwicklung. Nr. 6. Seite 52-61.

### Die Autorin

Dr. Olivia Kummel; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) gGmbH; Arbeitsschwerpunkte: lokale Governanceprozesse und Akteurskonstellationen, Stadt- und Nachbarschaftsentwicklung und internationale Urbanistik; [olivia.kummel@ils-forschung.de](mailto:olivia.kummel@ils-forschung.de)

### Literatur

- » BAGFA – Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (2014): Monetarisierung – kein Weg zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Ein Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V. Potsdam.
- » Schneider, Gregor / Kummel, Olivia / Pöttsch, Torsten / Schwarzkopf, Frank (2019): Logbuch: Kleinstadt gestalten. Weißwasser. Online verfügbar unter: <http://ort-schafft.eu/presse/web%20Logbuch%20Kleinstadt%20gestalten.pdf> (zuletzt geprüft: 14.05.2020).
- » Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden. Online verfügbar unter: <https://www.dza.de/forschung/fws.html> (zuletzt geprüft: 14.05.2020).
- » Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) (2013): Verfügungsfonds in der Stadterneuerung in Nordrhein-Westfalen. StGB NRW Mitteilung 824/2013. Online verfügbar unter: <https://www.kommunen.nrw/informationen/mitteilungen/datenbank/detailansicht/dokument/verfuegungsfonds-in-der-stadterneuerung-in-nrw.html> (zuletzt geprüft: 14.05.2020)